

Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener e.V.

BPE c/o Dachverband e.V., Thomas-Mann-Str. 49a, 53111 Bonn

Ab 01.01.2005:
BPE e.V., Wittener Str. 87, 44789 Bochum

c/o Ruth Fricke
Mozartstr. 20 b
32049 Herford
Tel. + Fax: 05221/86410
e-mail: Ruth.Fricke@t-online.de

13.12.2004

An den
Senat der freien Hansestadt Bremen
Am Markt 21
- Rathaus –
28195 Bremen

Betr.: geplante Änderung des PsychKG Bremen

Sehr geehrte Damen und Herren!

Als einzige bundesweite Selbsthilfeorganisation derzeitiger und ehemaliger Psychiatriepatienten hat unser Verband zur Frage der „ambulanten Zwangsbehandlung“ immer wieder Stellung bezogen, seitdem diese Frage im Herbst 2003 nachträglich noch in den Gesetzentwurf zur Änderung des Betreuungsrechtes eingefügt worden war. Unsere Schreiben an die Justizministerkonferenz sowie an Mitglieder des Bundesrates dürften daher den Mitgliedern Ihrer Landesregierung bekannt sein. Der Schwerpunkt unserer Argumentation lag immer auf den gesundheitlichen Folgen derartiger Maßnahmen, denn die zusätzliche Traumatisierung und Stigmatisierung, die auf diese Weise erfolgt verstärkt die Gefahr einer Chronifizierung und diese sollte sowohl aus humanitären Gründen im Interesse der Betroffenen unterbleiben, als auch wegen der daraus resultierenden Kostensteigerungen für das Gesundheitswesen.

Nun scheint die Verankerung der ambulanten Zwangsbehandlung im Betreuungsrecht nicht mehr zu erfolgen, nachdem die Bundesregierung den hier vorgeschlagenen Weg für nicht mit dem Grundgesetz vereinbar erklärt hat.

Umso größer war unser Erstaunen und unsere Verärgerung, als wir hörten, dass das Land Bremen nun die ambulante Zwangsbehandlung durch Änderung des Bremer PsychKG einführen will. Selbstverständlich haben wir uns mit unserem Bremer Landesverband in seinem Kampf gegen diese gesetzliche Regelung solidarisch erklärt.

Inzwischen liegt uns nun der geplante Gesetzestext vor. Dort heißt es u. A.:

„Dem § 8 werden folgende Absätze 3 und 4 angefügt:

„(3) Eine Unterbringung im Sinne dieses Gesetzes liegt auch dann vor, wenn das zuständige Gericht die Zurückhaltung in einem psychiatrischen Krankenhaus oder in einer psychiatrischen Abteilung eines Allgemeinkrankenhauses aussetzt und die Aussetzung mit der Auflage einer ambulanten Behandlung verbindet.

Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener e.V.

(4) Die Auflage einer ambulanten Behandlung ist zulässig, wenn hinreichende Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass hierdurch der Zweck der Unterbringung ohne die Zurückhaltung der psychisch kranken Person in einem psychiatrischen Krankenhaus oder in einer psychiatrischen Abteilung eines Allgemeinkrankenhauses erreicht werden kann.“

Wir fragen Sie daher:

- Auf welcher Grundlage und nach welchen Kriterien soll das zuständige Gericht entscheiden, ob der Zweck der Unterbringung durch die Auflage einer ambulanten Behandlung ohne Zurückhaltung in einem psychiatrischen Krankenhaus oder einer psychiatrischen Abteilung erfüllt werden kann? Was genau sind die hinreichenden Anhaltspunkte und wer liefert diese?
- Wie stellen Sie sich die Umsetzung der Auflage zur ambulanten Behandlung in der Praxis konkret vor? Soll die betroffene Person täglich morgens und abends in der Praxis eines niedergelassenen Psychiaters oder in einer psychiatrischen Ambulanz, zwecks Medikamenteneinnahme unter Aufsicht, polizeilich vorgeführt werden – möglichst noch in Handschellen -? Oder soll die Polizei einem mobilen Krisenteam täglich Zugang zu der Wohnung der betroffenen Person verschaffen? Oder gehen sie davon aus, dass den betroffenen Personen, unabhängig von der individuellen Verträglichkeit oder getroffenen Voraussetzungen, grundsätzlich eine Depotspritze verabreicht wird?
- Auf welche Weise soll eine beruhigende, reizarme Umgebung im häuslichen Umfeld des Betroffenen hergestellt werden, wie Deeskalationsstrategien umgesetzt werden, wie sie zur Vermeidung von Zwangsmaßnahmen im stationären Bereich mittlerweile vielerorts angewendet werden? Oder besteht ambulante Behandlung nur aus chemischer Zwangsjacke?
- Gehen Sie evtl. davon aus, dass sich die betroffene Person freiwillig in Behandlung begibt? Wenn dies so wäre, wäre ein richterlicher Beschluß nach PsychKG überflüssig, d.h. unzulässig bzw. nach Recht und Gesetz wieder aufzuheben.

Dass die unter Punkt 2 beschriebenen Maßnahmen eine Stigmatisierung und Traumatisierung hervorrufen, steht wohl außer Frage und dass diese zusätzliche Traumatisierung Chronifizierung fördert ja wohl auch. Ob derartige Maßnahmen mit der im Art. 1 GG verbrieften Menschenwürde und dem im Art. 3 GG codifizierten Diskriminierungsverbot aufgrund einer Erkrankung oder Behinderung vereinbar sind, wagen wir zu bezweifeln.

Des weiteren schlagen Sie in Ihrem Gesetzentwurf folgende Änderung vor:

„§ 9 Abs. 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Eine gegenwärtige Gefahr im Sinne von Absatz 2 besteht dann, wenn infolge der psychischen Erkrankung ein schadenstiftendes Ereignis bereits eingetreten ist, unmittelbar bevorsteht oder zwar unvorhersehbar, wegen besonderer Umstände jedoch jederzeit zu erwarten ist.“

Mit der neuen zusätzlichen Formulierung „wenn ... ein schadenstiftendes Ereignis ... zwar unvorhersehbar, aber wegen besonderer Umstände jederzeit zu erwarten ist“ setzen sie aus unserer Sicht die Schwelle für Zwangseinweisungen und Zwangsmaßnahmen in unzulässiger Weise herab. Der Willkür sind durch diese Formulierung Tür und Tor geöffnet. Nur eine wirkliche akute Selbst- oder Fremdgefährdung kann die Voraussetzung für derart weitreichende Eingriffe in die grundgesetzlich verbrieften Menschenrechte auf Unantastbarkeit der Menschenwürde, Freiheit der Person und Unverletzlichkeit der Person sein.

Etwas Unvorhersehbares kann jederzeit oder auch nie eintreffen. Wollen Sie deshalb vorsorglich die gesamte Bremer Bevölkerung mit einer Auflage zur ambulanten Behandlung versehen oder in eine psychiatrische Klinik einweisen? Schließlich kann jeder Mensch unter bestimmten Bedingungen in eine psychischen Ausnahmezustand geraten.

Die Vorfälle, die in Bremen dazu geführt haben, dass nach relativ kurzer Zeit über eine erneute Reform des PsychKG nachgedacht wird, hätten auch mit dem bestehenden Gesetz vermieden werden

Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener e.V.

können. Es lag nicht an mangelnden gesetzlichen Grundlagen sondern an den handelnden bzw. eben nicht handelnden Personen, die dieses Gesetz umsetzen sollten.

Wir bitten Sie daher bei Ihren Beratungen die Verhältnismäßigkeit der Mittel zu wahren und sowohl auf die Verankerung der ambulanten Zwangsbehandlung, wie auch auf die Herabsetzung der Schwelle für den Einsatz von Zwangsmaßnahmen zu verzichten.

Mit freundlichen Grüßen

Ruth Fricke
Mitglied des geschäftsführenden
Vorstandes des BPE e.V.

Dieser Brief ist nicht handschriftlich unterzeichnet, weil er direkt vom PC aus gefaxt wurde.